

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsspaltige Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreispaltige Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis M. 60 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Nr. 222.

Dienstag, den 23. September 1919.

17. Jahrgang.

Nochmals: Spartakus in Köslin.

Unbearbeitete Vorwürfe?

An der Aufklärung der Zusammenhänge, die zu den tiefen Vorkommnissen vom vergangenen Mittwoch führten, hat die gesamte Bürgerschaft ein lebhaftes Interesse. Es hat daher zu begrüßen, daß der Regierungspräsident am Sonntag in einer Sitzung, an der Vertreter der Presse, des Garnison- und Generalkommandos, der Bürgermeister und andere beteiligte Herren teilnahmen, Gelegenheit gab, sich nochmals mit Dingen zu befassen. Der Erste Bürgermeister von Köslin, Dr. Wich, gab eine Darstellung der Ereignisse, an jenem schwarzen Mittwoch, aus der einwandfrei hervorging, daß Herr Dr. Wich sich von Mittwoch vormittag 11 Uhr an nach Kräften bemüht hat, für den nachhaltigen Schutz der Stadt Sorge zu tragen. Der Bericht, der auch aus unserer früheren Darstellung herausgearbeitet hat, daß die Stadtdirektion während der Unruhen in Köslin in den Schutzbereich der Stadt nicht aufrecht erhalten. Der aber unsere Ausführungen aufmerksam gelesen hat, hat bemerkt, daß wir weit mehr Nachdruck auf die Feststellung der Tatsache, gelegt haben, daß nichts geschehen war, um über dem Eintreten derartiger Unruhen vorzubehalten und ihre weitestgehende Ausdehnung von vornherein unmöglich zu machen. Verantwortlichen Stellen in Köslin nicht teilhaftig gewesen zu sein. Denn erst am Mittwoch vormittag 11 Uhr bei den maßgebenden Stellen die Einsicht Platz gewinnt, daß es höchste Zeit war, herauszutreten, wenn erst von diesem Augenblick an die Arbeit in Bewegung gesetzt werden, eine durchgreifende Schutzmaßnahme anzubringen, so ist für uns und nicht zuletzt wohl auch für schon vor dieser Stunde von Spartakus heimgekehrten Gesandten erwiesen, daß man sich bis zu diesem Augenblick im Nachhinein eben des Ernstes der Sachlage nicht bewußt war. — In demselben Wort ist die Signatur des Tages und mit ihm ist verbunden auch die Haltung des Bürgermeisters, der letzten Instanz für die Ereignisse verantwortlich bleibt, gekennzeichnet. Die Verantwortlichkeit gebietet, nicht unerwähnt zu lassen, daß an dem betreffenden Morgen der Zeitfreiwilligenwehr, nachdem über den ersten am Mittwoch vormittag 11 Uhr die ersten Schritte hierzu getan waren, den Bürgermeister nur ein geringer Bruchteil an Schuld trifft. Das Institut der Zeitfreiwilligenwehr hat sich, hat sich als unzulänglich erwiesen, soweit steht fest; die Dringlichkeit stand zwar, sehr äußerlich auf dem Papier, im gegebenen Moment aber hat sie nicht funktioniert, und damit ist das Urteil über sie gesprochen. Wenn die Einberufung der Wehr daran scheiterte, daß man an der berufenen Stelle sich über die Kompetenz zur Einberufung nicht klar war, und erst den höheren „Befehl“ abwartete, so ist damit bezeugt, daß man eben den ganzen Apparat viel zu schwerfällig gehalten hat und nicht voraussehen konnte, daß im Ernstfalle nur rasche Entschlüsse, rasche Zentralisation und unbedingte Beweglichkeit des Kommandobürokraten die Ziele führen. Diese Ausfahrungen geschehen nicht, um gegen die bisherige Leitung der Wehr Vorwürfe zu erheben, sondern um den Weg finden zu helfen, auf dem es in Zukunft besser gemacht werden kann. Der sofortige Neuaufbau der Bürgerwehr ist uns unerlässlich.

Sie können allerdings unsere Ueberzeugung nicht verschweigen, daß in unseren Zeitläuften ein sich seiner Verantwortlichkeit in weitem Umfang bewußter Bürgermeister nicht ruhen darf, eher zu sein, als alles, was möglich ist, geschieht, um Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sichern. Dieser Beweis war nicht erbracht und hätte doch nach unserer Auffassung rechtzeitig erbracht werden können, wenn man eben alle Anzeichen, die Vorausagen von Unruhen (Rückwärts), und die Zusammenrottungen in den Morgenstunden des Mittwoch nicht auf die leichte Achsel genommen, wenn man insbesondere die von verschiedenen Seiten am Dienstag und am Mittwoch ergangenen Warnungen ernst genommen und daraufhin sofort die Schritte getan hätte, die man sich — zur — von Mittwoch vormittag 11 Uhr an zu tun anschickte. Wir sind jedenfalls der Auffassung und wir halten an ihr fest, daß im vorliegenden, rücksichtslosigen Zugreifen schon am Dienstag, daß die sofortige Vorkehrungsmaßnahmen am Dienstag die Ereignisse vom Mittwoch großenteils verhindert hätten. Auch die Auffassung, daß eine am Mittwoch nachmittags dem Bürgermeister angebotene Besetzung des Rathauses die „Menge“ nur vereitelt und zur Verhinderung der Lage geführt hätte, vermögen wir nicht zu teilen. Wenn die Sicherheitsstruppen am Rathaus, nötigenfalls eine Besatzung in die Luft, Läden — nach den späteren Erfahrungen wird das notwendig — die Zusammenrottungen alsbald aufgelöst und der Verfall der Unruhen, die in Massen mit herbeigekommen, verhindert. Gerade daß so viele Demonstranten sich dem Gefährde angeschlossen, mußte die wenigen Spartakisten in der Meinung betören, daß sie „das Volk“ hinter sich hatten.

Als Ursache des verzögerten Eingriffs der Zeitfreiwilligenwehr kann nach allem, was sich bei eingehender Prüfung ergibt, nicht das Verhalten einer Person hingestellt werden, sondern es war die Verletzung einer ganzen Reihe hinderlicher und unvorzuziehender Umstände dafür bestimmend: Um so mehr muß jetzt die Stadtdirektion darauf bedacht sein, daß für die Zukunft die Wehr nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Umgebungen der Stadt sich selbst zu helfen und daß man der erwähnten Umstände im Ernstfalle eben Herr wird. Wenn von maßgebender Stelle Befehl über die Teilnahmslosigkeit der Bürger angeht, wenn nachweislich auch das Interesse an der Zeitfreiwilligenwehr abnehmend war, so teilen wir — wie das schon in unserer Zeitung zum Ausdruck gekommen ist — diese Auffassung über das Kösliner Bürgertum in vollem Umfang. Wenn man aber den Gründen nachforscht, warum das so ist, so können wir auf Momente, die wir nicht erwähnen könnten, ohne dem dem Magistrat und seinem Oberhaupt als derjenigen Instanz, in der sich die Summe aller Wünsche und Erwartungen, Interessen und Hoffnungen der Bürger der Stadt wiederzuspiegeln, Dinge sagen zu müssen, die wir lieber bei dem Ernst der Lage nicht sagen. Wir wollen nur fragen: wo sind die wahrhaftige Arbeit und Bewegung bringenden Gedanken und Taten, die vom Magistrat in den letzten Jahren ausgegangen sind? Wo haben oder hatten wir die Stelle, die sich wirklich als ein Meßstein für das Bürgertum erwies? Die Bedeutung des Bürgertums hat gerade dieser Krieg erwiesen, — auch die Bürgergemeinde der Stadt braucht — Führer, Persönlichkeiten!

Zur Beurteilung der Sachlage dienen noch folgende Mitteilungen, die uns von zuverlässiger Seite gemacht werden:

Ein Eingreifen der hiesigen Garnison am Mittwoch, etwa nachmittags, kam nicht in Frage, da die hier verfügbare Mannschaft kaum ausgereicht hätte, um im Falle der unangenehmen Kämpfe zu schützen. Es ging das Gerücht, daß auch Eingriffe auf die Kasernen geplant waren.

Am Dienstag war von militärischer Seite wegen der Zusammenrottungen beim Bürgermeister telefonisch angefragt. Ant-

wort: es habe nichts auf sich. Es seien lediglich Unzufriedenheiten der Bevölkerung über zu hohe Lebensmittelpreise. Er glaube, die Polizei sei stark genug, die Ruhe wieder herzustellen.

Am Mittwoch vormittag hoffte der Bürgermeister auf Anfrage von derselben Seite, mit Hilfe der Polizei die Ruhe wiederherzustellen zu können und verzichtete auf Hilfe.

Schon vor einem Vierteljahr war dem Magistrat von militärischer Seite eine Eingabe eingereicht mit dem Hinweis darauf, daß offene Ueberfälle auf Soldaten der Reichswehr in der Stadt vorgekommen waren, ohne daß die Polizei dagegen vorgegangen war, und es war dringend um Abhilfe gebeten. Von Seiten der Zivilbehörde geschah nichts, von Seiten des Garnisonkommandos war eine Wache in das Rathaus gelegt, die später wieder zurückgezogen wurde.

Vor noch längerer Zeit fand eine Besprechung über die Möglichkeit von Unruhen statt, zwischen Militär- und Zivilbehörden. Schon hier verständigte man sich dahin, daß man im Falle von Unruhen „zunächst“ mit den Vertretern der Arbeiterschaft verhandeln“ wolle.

In den Berichten des W. L. B. kehren zwei Flieger der Reichswehr wieder, „durch die sich die Menge nicht einschüchtern ließ“. Die Flieger hatten andere, wichtigere Aufgaben: Der eine machte auf Wunsch des Magistrats kinematographische Aufnahmen von Köslin, während der andere ihm den Gefallen tat und einige Male an ihm vorbeiflog, damit das Bild interessanter wurde.

Im „Vorwärts“ vom Freitag wird u. a. eine Meldung der „P. P. N.“ wiedergegeben, in der es heißt: „... der Sicherheitsdienst in der Stadt wird durch eine aus Bürgern aller Kreise bestehende Ordnungswehr ausgeübt.“ Die „P. P. N.“ werden amtlich gepeist!

Volks Telegraphenbureau Berlin verbreitet folgende Meldung:

Der Abgeordnete Mittelmann hat in einer anlässlich der Plünderungen in Köslin in der Nationalversammlung eingebrachten förmlichen Anfrage ausgeführt, es werde behauptet, daß der Bürgermeister von Köslin im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten der Polizeimannschaft ausdrücklich geboten habe, keinerlei Gewalt anzuwenden, sondern nur in Güte zur Ruhe zu mahnen. Hierzu teilt der Regierungspräsident folgendes mit: Im Gegensatz zu den von dem Herrn Abgeordneten Mittelmann angelegenen Behauptungen hat der Erste Bürgermeister von Köslin auch nicht entfernt daran gedacht, die Polizeimannschaft von der Anwendung von Gewalt zurückzabhalten. Er hat vielmehr, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die politischen Kräfte zur Unterdrückung d. Ausbreitungen nicht ausreichten, sich die erforderliche Hilfe gebeten, der Polizei durch Aufgebot von Militär und Zeitfreiwilligenwehr die erforderliche Unterstützung zu verschaffen. Wenn diese Bemühungen erfolglos waren und Militär und Zeitfreiwilligenwehr erst zu spät eingesetzt wurden, so lag dies an Umständen, welche dem Ersten Bürgermeister nicht zum Vorwurf gemacht werden können. Ebensovien hat natürlich der Regierungspräsident sein Einverständnis mit einer Zurückhaltung der Polizei erklärt. Er wäre dazu auch nicht in der Lage gewesen, da er sich auf einer längeren Dienstreise befand und erst am Abend des 17. September telefonisch in Ravensburg erreicht und von den Ereignissen in Köslin in Kenntnis gesetzt werden konnte. Seine erste Amtshandlung in der Angelegenheit bestand darin, das Stalper Infanterieregiment sofort telefonisch um Entsendung von Truppen zu ersuchen, mit denen er in der Nacht vom 17. zum 18. in Köslin eintraf; der Vertreter des Regierungspräsidenten hat selbstverständlich gleichfalls darauf daran gedacht, der Polizei Zurückhaltung zu gebieten.

Die vorstehenden Mitteilungen werden — leider — durch unsere oben gegebene Darstellung teilweise entkräftet.

Wie richtig unsere Voraussage war, daß endgültige Ruhe und Sicherheit in Köslin noch nicht zu erwarten steht, wurde am Sonntagabend abend erwiesen durch das Bekanntwerden von Bestrebungen, die Gefangenen aus dem Gefängnis zu befreien. Daraufhin wurde sofort eine militärische Wache dorthin abesetzt, die zur Stunde noch dort weilt.

Weiterhin wird uns mitgeteilt, daß infolge Auflösung der hiesigen Sicherheitsstruppe eine Kompanie Kolbener Infanterie in die hiesige Garnison verlegt wird.

Aus dem Kreise Franzburg.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wenzel (Stettin), Dr. Kaepler (Greifswald), Schmidt (Stettin), Witt, Graef (Anklam) in der Preussischen Landesversammlung.

Die zwangsweise Beurlaubung des Landrats v. Stumpfeld in Franzburg hat bei der Mehrheit der Kreisbewohner große Erbitterung hervorgerufen, da dieselbe der festen Ueberzeugung ist, daß die Beurlaubung nicht aus sachlichen Gründen, sondern infolge des Druckes der sozialdemokratischen Minderheit des Kreises geschehen ist.

Diese Erbitterung ist noch dadurch verstärkt worden, daß der Herr Minister des Innern einen kommissarischen Landrat als Nachfolger berufen hat, welcher der sozialdemokratischen Partei angehört, die nur 8 Vertreter im Kreistage zählt, während die deutschnationale Volkspartei durch 17 und die deutsch-demokratische Partei durch 3 Mitglieder vertreten ist.

Wie rechtfertigt die Preussische Staatsregierung ihre Maßnahmen gegen den Landrat von Stumpfeld und was gedenkt sie zu tun, um in Beachtung demokratischer Grundsätze dem durch einwandfreie Wahlen festgestellten Volkswillen des Kreises Rechnung zu tragen?

Verordnungen wegen der Kohlennot.

Wie unser Berliner Vertreter zuverlässig erfährt, werden gegenwärtig im Reichswirtschafts-Ministerium die letzten Vorbereitungen zu den zur Begegnung der Kohlennot erforderlichen Beschränkungsmaßnahmen getroffen. Anfang Oktober dürften eine Reihe notwendiger Verordnungen in Kraft gesetzt werden.

Streiflichter auf die Schülerbewegung in Pommern.

Fünzig Jahre lang hat die Sozialdemokratie hauptsächlich dadurch gegen den alten monarchischen Staat gekämpft, daß sie alles das verunglimpfte und mit Schmutz bewar, was weiten Kreisen unseres Volkes verehrend und durch Traditionen heilig war. Zudem ist dieser Feldzug zur Vergiftung der Volksmeinung vielfach wider besseres Wissen geführt worden, wie Cohen (Reuß) auf dem Rätefongreß in Berlin zugab.

Genau so ist denn auch in den Novembertagen 1918 verfahren worden, ohne daß man an die Folgen dachte. So wurde ein Mann wie Adolf Hoffmann auf den Sessel des Kultusministers gehoben. — Trotzdem man in sozialdemokratischen Parteikreisen wissen mußte und wußte, daß er geistig und sittlich für ein derartiges Amt gänzlich ungeeignet war, wurde er gerade zum Kultusminister ernannt, um alles das in den Schmutz zu ziehen, was sich unter dem alten Regime besonders ernst und hingebender Fürsorge erfreut hatte.

Diese eigenartige Besetzung des Ministeriums für Kunst und Volksbildung war eine überaus große Unflugheit. Adolf Hoffmann mußte in dieser Stellung dem Gespött der Öffentlichkeit, selbst der Schulkinder aufheimsuchen. Die Verurteilung seines Kollegen Hänisch, den angerichteten Schaden wieder auszugleichen, kamen viel zu spät. Das Vertrauen zum Kultusminister u. die Achtung vor ihm sind verschwunden, auch bei der Jugend. Denn gerade die Schulkinder hat bekanntlich ein sehr scharfes Auge für Schwächen und Ungehörigkeiten bei denjenigen, die ihr gegenüber Autorität beanspruchen. Die Autorität des Kultusministers ist aber dahin und das ist durchaus natürlich, denn die Sozialdemokratie war gerade die Partei, die stets den Umkreis jeder Autorität gelehrt und propagiert und durch die Erziehung zur Unbotmäßigkeit ihre Macht erlangt hat.

Es ist nicht zu verwundern, daß sich die Jugend in ihrem feinen Gefühl für das, was sie von oben erwarten zu müssen glaubt, auch gekränkt fühlt durch manche Eingriffe des, in personeller Beziehung so mangelhaft ausgestatteten, Ministeriums für Volksbildung in dem bewährten humanistischen Bildungsgang. So kam es, daß leicht eine gewisse Widergesichtlichkeit gegen Anordnungen von oben entstehen mußte, falls man nicht an leitender Stelle mit besonderem Takt jeden Anlaß vermied, solche hervorzurufen.

Dieser Takt aber läßt die zur Macht gekommene Sozialdemokratie überall, auch in Schulfragen vermissen. Sie hat nicht umgelernt und will sich nicht zu einer unparteilichen Regierung entwickeln. Bewußtswang gegen alles, was nicht in die sozialistische Parteischablone hineinpaßt, Unbilligkeit gegen die Ueberzeugung und Ueberlieferung, Andersdenkender, das kennzeichnet den sozialistischen Klassenstaat. Im Schulwesen zeigte sich das in Versuchen, den vaterländischen Geschichtsunterricht in sozialistischem Sinne zu revidieren und zu fälschen, und jetzt in plumpen, verletzenden Eingriffen gerade auf dem Gebiete, die der Jugend der gebildeten Stände besonders lieb und wert sind. Die vaterländischen Schulfeiern wurden verboten, die Bilder unserer früheren Herrscher und unserer großenelden wurden aus den Schulräumen entfernt und in staubige Bodenwannen gebracht, als ob damit die Erinnerung ausgelöscht werden könnte. Die Sozialistenführer am Regierungskopf haben aber sehen müssen, daß sie sich bei der deutschen Jugend der gebildeten Stände gründlich verrechnet haben.

Aus zahlreichen Orten Pommerns kamen Meldungen, daß die Schulkinder höherer Schulen die Sedanfeier begangen hat, ohne zu fragen, ob man im Kultusministerium damit einverstanden ist. Gegen Entfremdung der Hohenzollernbilder hat dieselbe Jugend lebhaft Protest erhoben, der sich an einigen Stellen zu regelrechten Schulkämpfen auswuchs. Man braucht durchaus nicht mit allen Einzelvorkommnissen dabei einverstanden zu sein, denn die Schulkämpfe bilden eine Auflehnung, die die verantwortlichen Lehrer vor unangenehme und unverdiente Schwierigkeiten stellen muß. Aber die Sozialdemokratie und ihre Presse hat am allerwenigsten das Recht, sich darüber zu enüsten, da sie ja nur die unausbleiblichen Folgen ihres eigenen Systems erlebt. Ganz unerhört aber war es, wenn sogar zu Tätlichkeiten gegen die unbotmäßigen Schüler aufgefordert wurde, die den Kinderschuhen größtenteils entwachsen sind.

Für jeden Deutschen aber, dem der Glaube an Deutschlands Wiederanstieg noch nicht verloren gegangen ist, ist es höchst erfreulich zu sehen, daß unsere deutsche Jugend, zum Teil bis in die Arbeiterschichten hinein auch den Kampf selbst aufnimmt um das, was man ihr rauben will: Nationalbewußtsein und vaterländische Gesinnung. Ja, man will das der Jugend bewußt rauben, um sie in materialistischer oberflächlicher Weltanschauung und zu sozialistischer Nechtfertigkeit zu erziehen, unbekümmert, daß ihr damit alles genommen würde, was ihr das Leben noch lebenswert erscheinen läßt im gegenwärtigen Gland unseres Vaterlandes.

Wenn ein neuer Erlaß des Ministeriums für Volksbildung den „Bildererlaß“ der zum Entwürstungsturn führte, wesentlich eingeschränkt und anordnet, daß Bilder welcher Persönlichkeiten, deren Wert und Bedeutung unabhängig von ihrer Beziehung zu der jeweiligen Staatsautorität geschichtlich feststeht, in den Schulen verbleiben sollen, so kommt er reichlich spät. Er mag die Wogen etwas glätten, aber er wird das Mißtrauen kaum restlos beseitigen können.

Wien trägt die Schuld.

Neue Beweisstücke.

Unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“ hat Dr. Roderich Gooß mit Ermächtigung des Leiters des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Äußeres auf Grund attemäthiger Forschung eine historische Arbeit publiziert. Sie gibt eine genaue Darstellung der Haltung des Wiener Kabinetts vom 28. Juni bis 1. August 1914, also von

der Bluttat von Serajewo bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland.

Aus den veröffentlichten Aktenstücken geht hervor, daß das bisherige hauptsächlichste Beweisdocument der Entente für die ablehnende Haltung der deutschen Regierung gegenüber den englischen Vermittelungsvorschlägen schwerwiegende materielle Irrtümer enthält. Es wird festgestellt, daß der angebliche Potsdamer Kronrat vom 5. Juli 1914 in Wahrheit eine Sitzung des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten in Wien am 7. Juli war. Nach dem Protokoll über diese Sitzung einigten sich alle Anwesenden mit Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten auf den Standpunkt, daß ein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer Demütigung Serbiens endigen würde, wertlos wäre, und daß daher so weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, daß sie eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Aus der Veröffentlichung geht weiter hervor, daß das Berliner Kabinett ohne Kenntnis des Wortlauts der österreichisch-ungarischen Note an Serbien geblieben ist und an ihrer Abfassung keinen Anteil hatte, sowie daß die serbische Antwortnote vom Wiener Kabinett nach Berlin überhaupt nicht mitgeteilt wurde. Des weiteren wird attentiach nachgewiesen, daß der englische Vermittelungsvorschlag vom 29. Juli eine dringliche und nachdrückliche Befürwortung durch die Berliner Regierung gefunden hat. Herr von Tschischky war beauftragt, an die nach Wien weitergegebenen Äußerungen Sir Edward Greys u. a. folgende Bemerkungen zu knüpfen; das deutsche Kabinett müsse es dringendst und nachdrücklich der Erwägung der k. und k. Regierung anheimstellen, die Vermittelung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wäre für Oesterreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen.

Als ebenso unverkennbar bezeichnet aber die Arbeit die weitere Tatsache, daß der englische Vorschlag infolge der dilatorischen und unsachlichen Behandlung seitens des Wiener Kabinetts keine Annahme gefunden hat.

Aus den Dokumenten wäre weiter hervorzuhellen: Der französische Botschafter Dumine sprach am 22. Juli 1914 im auswärtigen Amt vor und betonte in drastischen Farben die Gefahren eines Krieges Oesterreich-Ungarns mit Serbien. Er schloß trotzdem seine Ausführungen damit, daß er auf ein frühliches Gespräch mit seinem russischen Kollegen hinwies, aus dem er die Überzeugung gewonnen habe, daß Rußland nicht geonnen sei, für Serbien anlässlich der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Oesterreich-Ungarn stark einzutreten und mehr als moralische Unterstützung zu gewähren. Im Laufe eines Waffenganges zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien würde Rußland nach der Ansicht des französischen Botschafters nicht aktiv eingreifen, sondern vielmehr antreiben, daß der Krieg lokalisiert bleibe.

Fiume an Italien?

Kant „Allgemeines Handelsblatt“ meldet „Daily Mail“, daß Lloyd George, Tittoni und Clemenceau beschlossen haben, sofern Wilson zustimmen sollte, Fiume an Italien zu geben. Der Hafen von Fiume sollte jedoch dem Völkerbunde unterstellt werden.

Bezüglich dieser Meldung, so hat der feste Handreich Annunzio mit einem vollen Erfolg geendet. Die Entente hat sich dann den „vollendeten Tatsachen“ gebeugt.

Die oberschlesische Frage.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich höre, wird die Lösung der oberschlesischen Frage infolge der Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung eine beträchtliche Verzögerung erfahren, sobald der vorgesehene Termin vom 1. Oktober auf frühestens den 20. Oktober verschoben werden muß. In der Reichsregierung ist man der Ansicht, daß so schnell wie möglich eine Einigung herbeigeführt werden muß, widrigenfalls Oberschlesien für Deutschland verloren sei. Ein Nachgeben des preussischen Kabinetts ist augenblicklich noch nicht festzustellen.

Die drei schönen Bernhausen.

Roman von Fr. Lehne

Nachdruck verboten.

(32. Fortsetzung.)

Fran Klehling sah nun da, als könne sie nicht erlassen, was ihr Sohn sagte. Sie schüttelte den Kopf, dann aber brach sie aus beidwärtig, bittend, zuletzt zornig redete sie auf ihn ein. Mit ein paar Worten wollte er sich hören, was sie seit langem so sein aufgab: der Plan seiner Heirat, durch die er der größte Gutbesitzer des Kreises würde!

Aber Fritz beharrte auf seinem Nein.

„Dann weiß ich, wer dahinter steckt“, rief Frau Klehling aufgebracht, „in wen du dich verknüpft hast.“

Das Herz klopfte ihm, doch der Name fiel nicht, aber ein anderer, so daß er laut aufschrie.

„Aber Mutter — Fränze Wählers ist es? Kein Gedanke! Allein immer noch lieber die Fränze, wenn sie mich will, als die Helma! Ne — danke! Dießes Glesantenkücken! — Und dann: sag mal offen, Mutter, gefällt dir das, daß sie ausgerechnet jetzt zur Erntzeit verheiratet wird? Hat es euch ferner gefallen, wie die ganze Familie Süberleith hier bei uns schon bestimmt, angeordnet und umgeben hat, als hätten wir gar nichts mehr zu sagen? Und immer nur getadelt, wo ihr doch mindestens ebenso tüchtig seid, du und der Vater! — Solchen Ton könnte ich bei meiner zukünftigen Frau nicht ertragen!“

„Na, das hättest du ihr schon bald abgewöhnen können, das Verriiche — sie ist eben sehr verwöhnt, die Helma“, verziekte Frau Klehling. Sie war ein wenig kleinlaut geworden, denn das hatte ihr auch nicht gewohnt, wie der Versuch aufzutreten war! Sie hatte sich das um des guten Zweckes willen diesmal gefallen lassen, aber heimzählen wollte sie der Süberleith das Besservissen schon — das hatte sie sich sehr vorgenommen.

„Nun ja, Fritz, darin hast du ja nicht unrecht. Aber du weißt doch, daß der alte Süberleith dem Vater nicht gegnügt hat, daß man ihn zum Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Vereins ernannt hat! — Das ist hier aber alles nebensächlich, wo die Helma doch so eine gute Partie ist!“

„Aber ihr Charakter ist gar nicht gut. Und ich will keine Ehe mit Rank und Streich. Und nur ums Geld zu freien habe ich nicht nötig. Ich will ein Mädchen heiraten, das ich auch lieben kann!“

„Ach du! Sieh deinen Vater und mich an — wir haben uns auch nicht.“

Frau Klehling brach kurz ab und wurde stumm. Ihr Mann klopfte sie herb auf den Rücken.

„Na, laß gut sein, Alte! Wir haben uns doch ganz schön aneinander gewöhnt, wenn du auch damals meinstest, ohne den san-

Deutschlands Zulassung zur internationalen Arbeiterkonferenz.

Von gutunterrichteter Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt:

Die offizielle Einladung Deutschland zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington wird auf Betreiben Englands, das heißt der englischen Gewerkschaften, in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Umgestaltung des Auswärtigen Amtes.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich erfahre, wird die Neuorganisation des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in Angriff genommen werden. Die deutsche Regierung hat über die Frage der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs noch keine Entscheidungen getroffen. Doch besteht die Absicht, nach England und Amerika einen Botschafter zu entsenden, sobald die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Sollten diese beiden Mächte sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Botschafter nach Berlin entsenden, so muß Deutschland ebenfalls Botschafter schicken.

Kein Ende der Regierung Zöller.

Die mehrfach wiedergegebene Nachricht, daß die Regierung Zöller wieder durch die alte Regierung ersetzt worden sei, entbehrt jeglicher Grundlage. Die Kommission, die von General Mangin empfangen wurde, ist ohne Ergebnis zurückgekehrt. Die revolutionäre Regierung Zöller bleibt bis zu den ausgedruckten Neuwahlen am Ruder.

Kleine Auslandsmeldungen.

— Die Zeitung „Libre Belgique“ meldet, daß der Gesandte der Niederlande in Paris davon in Kenntnis gesetzt worden sei, daß Holland binnen 14 Tagen eine Aufforderung zur Auslieferung Kaiser Wilhelms erhalten werde.

— „Morning Post“ meldet: Es ist beschlossen worden, neben der im Rheinland als Garnison befindlichen Brigade noch eine britische Division dazulassen zu lassen.

— Lord Edward Grey ist nach Washington abgereist. — Aus Melbourne wird drahtlos gemeldet, daß die australische Volksvertretung den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag bestätigt hat.

— Havas-Neuer meldet ergänzend aus Brüssel, daß der Oberste alliierte Wirtschaftsrat sich mit der Frage der Kohlenversorgung Oesterreichs, mit der europäischen Kohlenfrage und mit der Verteilung des Schiffsraumes auf der Donau befaßt hat. Außerdem beprach er die Frage der Zölle, die Deutschland auf die Waren gelegt hat, die auf das rechte Rheinufer gebracht werden, sowie über die Frage der Rohstoffe, die Deutschland besitzt, und die es den Alliierten im Austausch gegen andere Erzeugnisse geben könnte.

— Metallarbeiterstreik in England. Laut „Amsterdamer Telegraaf“ meldet „Morning Post“, daß in England und Wales 50 000 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt haben, weil die Arbeitgeber sich weigerten, ihre Lohnforderungen zu bewilligen.

— Wilsons Pläne. „Times“ meldet aus New York, daß Senator Lewis in einer Rede in Chicago erklärte, Wilson strebe nicht nur danach, die Welt von dem Kriegselend zu erlösen, sondern er werde auch Maßregeln treffen, um zu einer Sozialisierung der Steinkohlen- und Dellager, der Eisenbahnen und Wasserwerke zu gelangen.

Deutsches Reich.

— Um den Abtransport der Gefangenen aus England zu beschleunigen, hat die deutsche Admiralität zehn deutsche Dampfer beauftragt und stellt sie für Fahrten zwischen englischen und deutschen Häfen bereit. Es handelt sich, da alle unsere größeren Dampfer bereits abgegeben sind, um mittlere und kleinere Seebampfer, die etwa 600 bis 1000 Personen fassen können. Vermutlich fahren die ersten Dampfer im Laufe der nächsten Woche ab.

— Niederlage der Unabhängigen. Bei den am Sonntag im Freistaat Braunschweig, in den Städten Braunschweig, Blankenburg, Helmstatt und Bad Harzburg vorgenommenen Magistratswahlen, haben die Unabhängigen eine entscheidende Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurde der bisherige Oberbürgermeister gegen den Kandidaten der Unabhängigen mit überwältigender Stimmenmehrheit wiedergewählt. Von den 5 besetzten Magistratsmitgliedern kamen 4 mit einem in eine ausrichtlose Stichwahl, von den 7 unbesetzten ebenfalls mit einem und werden hier vielleicht zu einem Sitz kommen. In Wolfenbüttel siegte die bürgerliche mit den Mehrheitssozialisten vereinigte Liste. In Bad Harzburg erhielt der Unabhängige, ehemalige

Braunschweiger Ministerpräsident Sepp Förster nur etwas über 300 Stimmen. In Helmstatt und Blankenburg ging die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien und Mehrheitssozialisten glatt durch.

— In der „Volkszeitung“ und gleichzeitig in der „Pösliner Zeitung“ (merkwürdige Uebereinstimmung!) trat sich ein ungenannter „jüdischer Mitarbeiter“ über unsere Notiz „Das Blatt für die demokratische Partei“ (Nr. 219) auf. Der Verfasser selbst uns wegen dieser Notiz des „Revolutionarismus“. Wenn die durch uns bewirkte Feststellung von Tatsachen Revolutionarismus ist, so möchten wir den „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hiermit fragen, wie er die Haltung der „Volkszeitung“ benennt, die fast in jeder Nummer die uns „Abheben“ hat los verdächtigt und schamlos verunglimpft. Da er keine eigene Spitze in diese „Volkszeitung“ bringt, nehmen wir an, daß diese für ihn „antijüdischer Journalismus“ ist. — Zur Sache selbst sei bemerkt, daß es nach unserer Auffassung Schieber und Wüchser in allen Kreisen der Bevölkerung gibt, in den Großstädten genau wie auf dem Lande; sie alle sind uns als verdächtig und schuldig. Dennoch bleibt die in unserer Notiz berührte Tatsache bestehen: sie wird durch die persönliche Kenntnis des jüdischen Mitarbeiters“ ebenso wenig erschüttert wie durch das „Niederer Vorgehen“ unserer Notiz. Am Gegeenteil!

Preussische Landesversammlung.

51. Sitzung, Freitag, den 19. September, 12 Uhr. Am Ministerische: Dejer, Stegerwald.

Abstimmungen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 21 Abstimmungen über Anträge, die zum Ministerium des Innern gestellt wurden. Angenommen werden Anträge des Abg. Dr. Heinicke (Zr.) auf Errichtung einer Berufsberatung auf staatslicher Grundlage, des Abg. Schubert (Soz.) auf Vereinfachung aller geheimen Personalakten der Beamten und des Abgeordneten Dölze (Dtich. Vp.) auf Verlegung der Gendarmen unter die mittleren Beamten. Angenommen wird ferner ein Antrag des Abg. Dr. Vogelsang (Dtich. Vp.), der sich gegen die parteipolitische Werbung auf Staats- und Reichskosten richtet, ferner ein Antrag Kubert (Soz.) auf Errichtung von Mietzeinsparbüchern in kleineren Orten. Weiter gelangt ein Antrag Dr. Friemberg (Dem.) zur Annahme, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Vergiftung der Jugend durch unethische Schriften und Schaulustigkeiten, insbesondere in Kinovorführungen, zu verhindern. Einmütig stimmt das Haus einem Antrage von Aries (Dtich. Vp.) auf Befämpfung des öffentlichen Glückspiels und der Spielklubs zu. Ein deutschnationaler Antrag, der eine Neuverteilung der kommunalen Verhältnisse zwischen Berlin und den Vororten fordert, wird angenommen, ebenso ein sozialdemokratischer Antrag, wonach den Beamten und Angestellten das Auswärtswohnen gestattet werden soll. Anträge auf Neuverteilung von Besoldungsverhältnissen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Angenommen wird schließlich ein Antrag Dr. Struve (Dem.), der einen Gesetzentwurf zwecks Umgestaltung der Heberwachung der Prostitution fordert, sowie ein Antrag auf Neuverteilung des Hebammenwesens.

Tarifserhöhung bei der Eisenbahn.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussisch-keissischen Staatseisenbahn. Danach soll vom 1. Oktober 1914 ab ein Zuschlag bis zu 50 v. H. erhoben werden.

Abg. Frenzel (Dem.): Einen anderen Ausweg aus der Notlage der Eisenbahnen herauszufinden, gibt es nicht. Hoffentlich kommen wir endlich zu stetigen Zuständen in der Tarifgestaltung. Wir sind für Heberweisung an den Staatshaushaltsausschuß.

Abg. Dr. Schmiedding (Zr.): Es ist bedauerlich, daß wir in so kurzer Zeit schon die dritte Erhöhung der Gütertarife vornehmen müssen. Es gibt aber kein anderes Mittel der Abhilfe.

Abg. Seelmann (Dtich. Vp.): Wir sehen ein, daß wir in einer Zwangslage sind und die Erhöhungen erhöhen müssen. Es könnten aber auch Erparnisse gemacht werden. Seit November werden mehrere hundert Millionen Mark für Arbeitskräfte ausgegeben, die nicht gebraucht werden. (Hört, hört!) Die Eisenbahnerverwaltung darf keine Erwerbslosenfürsorge stellen werden.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Paritätswirtschaft auf Streiks und Arbeitsunlust zurückzuführen, ist eine infame Unterstellung. Diejenigen, die den Krieg heraufbeschworen haben, sind Schuld.

Eisenbahnminister Dejer: Es macht sich ein allmähliches Anziehen des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar. Die Ausfuhr könnte gesteigert werden. Man hungert im Auslande nach deutschen Waren. Trotzdem könnten wir den Verkehr nicht steigern, weil es uns an Lokomotiven fehlt. Wir können 50 000 Waggons nicht benutzen, weil wir keine betriebfähigen Lokomotiven haben. (Hört, hört!) Die Tarifserhö-

gen Lehrer nicht leben zu können — na, Alte, komm her, wir wollen uns wieder vertrauen!“

„Ach, laß mich!“ wehrte sie ab.

„Ich tragere mich zu sehr, daß der Junge sich durchaus die gute Partie entgehen lassen will!“

Da verlor Fritz die Geduld und ging aus dem Zimmer, die Tür bestia hinter sich zuversend.

Dreizehntes Kapitel.

Die Sonne war eben untergegangen. Ein feiner, feuriger Streifen tief am Horizont zelte die Stelle an, von wo sie ihren letzten Gruß absandte.

Mit leiser Hand rief der Abendwind über die Felder, daß sich die reisenden Salme in geheimnisvollem Raufchen neigten.

Am Wegrand zirkeln die Grillen, und vom nahen Dorftelch quackten die Frösche ihr abendliches Konzert. Der Gesang von jungen Mädchen und Mädchen, die anzuwendende Hand in Hand einhergingen, erklang in der Abendstille.

Pfarrers saßen im Garten und genossen den schönen Abend, während die jungen Mädchen zwischen den Beeten umherliefen und von den Beerenkräutern naschten. Dann saßen auch sie sich an den Händen und schlenderten die Dorfstraße entlang, ab und zu an den Haustüren stehen bleibend und mit den Davor-sitzenden freundlich sprechend.

In Klehlings Haus gingen sie langsam vorbei. Schon seit einer halben Stunde stand da einer und wartete. Mit bebender Stimme bot er den Abenddunst und schloß sich ihnen an.

Sie waren ein wenig befangen. Fränze ging voraus und beschrift den kleinen Pfad, der nach Klehlings Wäldchen führte. Sie hatte es merkwürdig eilig, dahin zu kommen, so daß sich der Abstand zwischen ihr und den anderen mehr und mehr vergrößerte.

Fritz sah Mut. Er rief nach Annelieses Hand.

„Endlich können wir uns einmal ungestört sprechen. Ich bin ja so dankbar, daß Sie — daß du — nicht wahr, so darf ich doch sauen?“

Er fühlte ihren leise zustimmenden Händedruck.

„Dah du hierher nach Seeburg gekommen bist, darf ich also als gutes Zeichen betrachten. Du hast mich nicht vergessen, hast mich ein wenig gern.“

Sie schüttelte ernsthaft den Kopf.

„Macht Annelies?“ fragte er bestürzt. Und ich dachte — Schelmisch sah sie ihn an.

„Ein wenig gern habe ich dich wirklich nicht, Fritz! Aber ich habe dich von Herzen lieb!“

Da umschlang er sie.

„Ach, du — du Heißte!“ Er küßte sie auf den roten Mund. „Und du willst meine kleine Frau werden?“

„Wenn du nicht Fräulein Selma Süberleith vorziehst.“

„Das glaubst du doch selbst nicht!“

„Aber deine Eltern, Fritz.“

„Die sind allerdings sehr von ihrem Plan eingenommen. Mutter besonders. Sie haben doch keine Ahnung, daß wir —“

Er drückte sie an sich und küßte sie immer wieder.

„Aber achtern Abend habe ich ihnen alles erklärt, daß ich Selma Süberleith nicht heirate! Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir beide einig sind. Und das andere wird sich schon finden! Das meine Mutter erst ein bißchen ruhiger geworden sein und sich das mit abgefunden haben, daß ich die Helma nicht will — dann stelle ich dich ihr einfach als künftige Schwiegermutter vor! Mein alter Herr ist schon ganz verliebt in dich!“

Wieder fanden sich zwei Lippenpaare in süßer Selbstverlebensheit.

Da sang Fränze sehr nachdrücklich jenes schöne Verschen, das sie von Annelies gelernt und das ihr sehr imponiert hatte:

„Mein Schwab ist ka Zucker,
Drum bin i so froh,
I hätt 'n Sänsst a'fressen,
Und so hab i en no!“

„Na, habst ihr euch nun ausgesprochen?“ rief sie heben bleibend und die beiden erwartend.

„Zeit habe ich euch genau gelassen — jetzt aber müssen wir heim!“

„Wir sind dir ja so dankbar, Fränze!“ sagte Annelies, „ich weiß gar nicht, wie ich das ausmachen kann.“

„Aber ich!“ Fritz zwinkerte schlaun mit den Augen.

„Ich werde den Herren Wilhelm Dabbert später für die Parstelle in Seeburg vorschlagen, wenn sich der Herr Pfarrer einmal zur Ruhe gesetzt hat.“

Fränze wurde dunkelrot.

Am saftungslosem Steuermann stand Annelies. Wer ist denn das?“

„Na, Annelies, da müßt du deine Freundin Fränze fragen! Die weiß es besser als ich, daß Will Dabbert der beste, schärfste, klügste Mann auf der ganzen Erde ist — der Lehrersohn nämlich hier aus dem Dorke jetzt Kandidat der Theologie. Erlebe in einem gräßlichen Anse am Aben und später einmal wohlbestallter Pfarrer in Seeburg.“

„Ja, ja, Fränze — dein ängstlich achütetes Gebelunnt kennt ich schon lange! Klehlings Wäldchen ist ja verschwiegen, aber so verschwiegen doch nicht, daß es nicht seinem Herrn im vorigen Sommer etwas Schönes erzählt hätte! — Na, laß mal sein. Fränze! Eine Liebe ist der anderen wert — und du sollst es nicht zu bereuen haben, daß du mit mir ehrlich belachenden bist.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 22. September 1919.

Zum 23. September: Sonnenanfang 5,47. Sonnenuntergang 5,57. — Mondanfang 5,01. Monduntergang 5,12.

Was wird aus dem Kadettenhaus?

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Kachler (Greifswald) in der Preussischen Landesversammlung.

Nach den Friedensbedingungen müssen auch die in Preußen belegenen Kadettenhäuser ihrer bisherigen Bestimmung entzogen werden. Von ihnen fallen nach einem Gesetz von 1873 Bunsberg, Dranitzin, Plön, Potsdam, Wahlstedt ohne weiteres an Preußen zurück. Von den anderen Kadettenanstalten haben Köslin und Raumburg (Saale) eine besondere Stellung, weil die Gemeinden unentgeltlich die Grundstücke zur Verfügung gestellt haben und Preußen daher einen besonderen Anspruch auch auf sie geltend machen kann. Ueber die Regelung der Verhältnisse der Kadettenhäuser und die zu erwartende Umstellung herrscht in der Öffentlichkeit, insbesondere in den genannten Orten und in den beteiligten Kreisen der Beamten, der Schüler und ihrer Eltern völlige Ungewissheit und lebhaftes Unruhe. Welche Schritte hat die Staatsregierung gegenüber der Reichsregierung bisher in dieser Angelegenheit getan? Welche Absichten verfolgt die Staatsregierung für die Aufrechterhaltung der bisherigen Kadettenhäuser als Erziehungsanstalten? Gedenkt sie den Kindern bedürftiger Beamten und Militärpersonen, insbesondere den Waisen von im Kriege gefallenen Militärpersonen diese Erziehungsmöglichkeit zu erhalten?

In der Vertreterversammlung der Gewerkschaft der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Arbeiter in Köslin am Sonnabend erhaltete zunächst der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Sitzung. Die Hauptarbeit des Vorstandes hat danach in der Ausführung eines Beschlusses der vorhergehenden Sitzung bestanden, dahingehend, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß Köslin in eine seinen Feuerungsverhältnissen entsprechende Tarifklasse des Wohnungszuschusses und der Feuerungsanlage gebracht werde. Die in der Angelegenheit vom Vorstand unternommenen Schritte wurden angefaßt. Außerdem wurde beschlossen, da voraussichtlich in nächster Zeit die Entscheidung in der Frage fallen wird, zwei Beauftragte nach Berlin zu entsenden, die die Forderung mit Entschiedenheit bei den zuständigen Stellen vorher noch einmal vertreten sollen. — Der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses, der Kassa eine einmalige Beihilfe von 50 Mk. zu gewähren, wurde mit der Maßgabe einstimmig angenommen, den Betrag auf 150 Mk. zu erhöhen. — Ein Antrag, betr. Vertierung der Lebensmittel und so weiter, zeitigte eine sehr lebhaftes Ansprache, die schließlich zur Annahme einer Entschickung führte, daß die Beamtenchaft mit Vorankündigung feststelle, daß die wiederholt angekündigte Senkung der Preise gar nicht eingetreten, im Gegenteil eine andauernde, starke Steigerung aller Warenpreise zu verzeichnen sei. Man sei fernerhin nicht in der Lage, und auch nicht mehr geonnen, derartige Preise zu zahlen und verlange von der Regierung schleunigst wirksame Maßnahmen. — Die Beratung über Umwandlung der Gewerkschaft in ein Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes führte zum Beschluß, diese Umwandlung herbeizuführen unter gleichzeitiger Auflösung der am 11. November 1918 gegründeten Gewerkschaft. Bedauert wurde, daß die Uebernahme der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Mitglieder der Gewerkschaft wegen der entgegenstehenden Satzung des Deutschen Beamtenbundes nicht möglich sei. Da jedoch als Tatsache zu verzeichnen war, daß die letztgenannten Mitglieder fast sämtlich auch anderen Gewerkschaften angehören und seit längerer Zeit auch keine Teilnahme für die Beamtengewerkschaft bezeugen, ließ man dieses Bedenken fallen und beauftragte den Vorstand, die Umwandlung der Gewerkschaft in die Wege zu leiten. Zu Verzeichnes letzte eine lebhaftes Besprechung der Änderungen ein, die sich in der Mitte der Woche in Köslin ereigneten. Verurteilt wurde das unzuverlässige Verhalten uneres Militärs, auch fanden es viele Anwesende unverständlich, daß die Unruhen nicht gleich im Entstehen unterdrückt worden waren sowie, daß die hiesige Zeitfreiwilligenwehr, der eine große Anzahl der Beamten angehört, zum Schutze der Einwohner nicht aufgerufen worden war. Wenn auch aus der Verammlung von nicht der Wehr Angehörigen gesagt wurde, daß die Polizeiverwaltung schon am Mittwoch gegen Mittag um ein Eingreifen der Wehr ersucht haben soll, so blieben doch diese Behauptung angezweifelt, denn für Angehörige der Wehr war es unverständlich, wie es möglich gewesen sein sollte, daß, wenn die Polizei die Hilfe der Wehr erbat, keiner der bei ihren Beförden im Dienst versammelten — also ohne Zeitverlust zu be nachrichtigenden — Zeitfreiwilligen von einem Alarm etwas erfahren konnte.

Scheidet tief in das Wirtschaftsleben ein. Mit der Erhöhung machen wir kein Geschäft, sondern decken nur Teil des Aufwandes, würden wir kaufmännisch vorgehen, so müßten wir die Tarife nicht um die 80, sondern 100 Prozent erhöhen, wie es einzelne Bundesstaaten und einzelne Kreise auch gefordert haben. Aus volkswirtschaftlichen Gründen haben wir davon abgesehen. Tatsächlich war großer unbenutzter Schiffsraum vorhanden. (Hört, hört!) Kohlenkommissar hat aber die Abfuhrerlaubnis nicht erteilt. Mit Hilfe der Betriebsräte wird sich manches bessern. Wenn wir nicht vollbeschäftigte Leute einfach auf die Straße werfen, würden wir nur die Arbeitslosigkeit vergrößern. Die Arbeitsmöglichkeit wird sich steigern, durch Bedarf in den Kohlenrevieren und beim Wiederaufbau in Frankreich und anderen Elementen, die nicht arbeiten wollen, werden von der Arbeitsstätte entfernt werden. (Beifall.)

Abg. Garnich (D. Vp.): Die ewigen Streiks sind Schuld an dem Kohlenmangel. Es besteht die Gefahr, daß die Grenze erreicht oder überschritten wird, die eine Mehreinnahme aus Erhöhrungen verpricht. Die Erklärung des Ministers über die nichtarbeitswilligen Elemente begrüßen wir.

Abg. Hue (Soz.): Große Halbenbestände haben wir nicht. Wichtig ist also anzunehmen, daß die Kohlennot behoben sei, wenn man diese Bestände abführt. Unsere Eisenbahnbeamten und Arbeiter haben ihre volle Schuldigkeit getan.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Die Herabminderung der Arbeitszeit ist hauptsächlich Schuld an der Kohlennot. Wenn man 5 1/2 Stunden gearbeitet wird, kann man sich über das Ergebnis nicht wundern. Auch darf man bei der Beurteilung der Kohlennot nicht die parlamentarischen Unruhen vergessen.

Abg. Dr. Bronnisch (D. Vp.): Die gestrige Rede des Ministers Stegerwald hatte einen etwas vlogischen Klang. Der Minister, der für Wohnungen sorgen soll, ist selbst in Wohnungsnot. Dem Wohlfahrtsminister wünsche ich die Stelle eines Wohlfahrtsdiktators, damit er eine freie schöpferische Tätigkeit entwickeln kann. Eine besondere Pflege muß der Kultur der Familie gewidmet werden. Denn auf einem gesunden Familienleben beruht die ganze Volkswohlfahrt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wenz (N. Soz.): Wir wünschen als Wohlfahrtsminister einen Diktator von links.

Unterstaatssekretär Scheidt? Gegen die Wohnungsnot gibt es nur zwei Maßnahmen: Die Schaffung neuer Wohnungen und die Ausnutzung vorhandener Wohnungen. Den Gemeinden haben wir die Ermächtigung erteilt, Wohnungsbau in großen Wohnungen zu beschließen. Es würde empfohlen, einen ständigen Ausschuss aus der Landesversammlung für Wohnungsweisen einzurichten. Das Haus verlag sich.

Dienstag, den 23. September: Weiterberatung und Etat der Bauverwaltung, vorher Anfragen.

Zentrum und Loslösungsbestrebungen.

Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ nahm der Parteitag der rheinischen Zentrumspartei eine Entschickung an, in der über die Behandlung der Rheinlandfrage Leitfäden aufgestellt werden, nach denen die Verwirklichung der rheinischen Selbstständigkeitswünsche im Rahmen des Deutschen Reiches und in Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Reiches unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen deutschen Interesses und auf dem durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Wege gesehen soll. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder mit weitgehender Selbstverwaltung geschaffen werden. Im Falle, daß dies ansichtslos ist, können die Bestrebungen der Bildung neuer Bundesstaaten nach Artikel 18 der Reichsverfassung wieder aufgenommen werden. Die deutsche Reichsverfassung wird rückhaltlos anerkannt. Der Parteitag erwartet jedoch, daß die Reichsregierung, die die Volksvertretung die in Artikel 167 vorgesehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrecht erhalten werden, falls die nationalen Notwendigkeiten und die rheinischen Lebensinteressen in Zukunft ihre sofortige Beilegung erfordern sollten. Für die Zwischenzeit wird eine weitgehende Autonomie gefordert. Wer die Loslösung vom Reiche anstrebt, schädigt die Interessen des rheinischen Volkes und stellt sich außerhalb der Zentrumspartei. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den inneren Umbau des Reiches in vorgedachtem Sinne so rasch wie möglich vorzunehmen.

Die neuen Postgebühren.

Vom 1. Oktober gelten die nachstehend angegebenen Post- und Telegraphengebühren:

a) Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr bis 20 g	15 Pf
„ „ „ „ „ 250 g	20 „
b) Briefe im Fernverkehr „ 20 g	20 „
„ „ „ „ „ 250 g	30 „
c) Postkarten im Orts- und Nachbarortverkehr „ 10 „	
d) „ „ Fernverkehr „ 15 „	
e) Drucksachen bis 50 g	5 „
„ „ „ 100 g	10 „
„ „ „ 250 g	20 „
„ „ „ 500 g	30 „
„ „ „ 1000 g	40 „
f) Geschäftspapiere bis 250 g	20 „
„ „ „ 500 g	30 „
„ „ „ 1000 g	40 „
g) Warenproben „ 250 g	20 „
„ „ „ 500 g	30 „
„ „ „ 250 g	20 „
„ „ „ 500 g	30 „
„ „ „ 1000 g	40 „
i) Rohrpostkarten „ 40 „	
k) Rohrpostbriefe „ 50 „	
l) Postanweisungen bis 5 M.	20 „
„ „ „ 100 „	40 „
„ „ „ 250 „	60 „
„ „ „ 500 „	80 „
„ „ „ 1000 „	100 „
m) Wertbriefe — Franto wie für Einschreibebriefe, dazu Versicherungsgeld für je 1000 M.	40 „
n) Pakete a) Nahzone (bis 75 km) bis 5 „	75 „
„ über 5 „ 10 „	150 „
„ „ 10 „ 15 „	300 „
„ „ 15 „ 20 „	400 „
b) Fernzone bis 5 „	125 „
„ bis 5 „ 10 „	250 „
„ „ 10 „ 15 „	500 „
„ „ 15 „ 20 „	600 „

Ein Verzeichnis deutscher und polnischer Ortsnamen des abgetrennten Gebietes von Westpreußen ist fieber im Kommis-sionsverlag des Westpreussischen Verlags A.-G. in Danzig erschienen. Das Verzeichnis ist für 60 Pfennig im Buchhandel zu haben.

— Saatgut-Zuschläge. Anfolge der Einführung der Lieferungsprämie für Brotgetreide und Getreide ergab sich die Notwendigkeit, die Zuschläge für das Saatgut dieses Getreides entsprechend zu erhöhen, um zu verhindern, daß das für die landwirtschaftliche Erzeugung so wertvolle Saatgetreide als Mahlagetreide abgeliefert wird, weil die Lieferungsprämie für Mahlagetreide höher sein würde, als die bisherigen Saatgutzuschläge. Die Zuschläge für Winteraatsgetreide sind daher für die Tonne auf 250 Mark für die erste, 220 Mark für die zweite und 200 Mark für die dritte Ab-ladung und für somisches Saatgut (Handelsaatgut) erhöht worden. Diese Preise sind so festgesetzt, daß sie die besonderen Arbeiten und Unkosten lohnen, die den Saatgutbanern erwachsen. Eine Senkung der Preise mit der Senkung der Lieferungsprämie ist nicht in Aussicht genommen, um nicht Verwirrung in den Saatgut-handel zu bringen.

Verträge, die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits voll erfüllt, also erledigt sind, werden durch die Verordnung nicht be-rührt. Es erließen jedoch billia, bei Verträgen, die vor Inkraft-treten der Verordnung abgeschlossen sind, soweit die Lieferung noch nicht erfolgt ist, dem Verkäufer für die noch ausstehende Liefe-rung die erhöhten Preise zuzubilligen. Dem Käufer ist für diesen Fall das Rücktrittsrecht eingeräumt, wenn er die Lieferung zu dem erhöhten Preise nicht annehmen will, doch muß er eine entsprechende Erklärung unverzüglich abgeben, sobald ihm die Mitteilung des Verkäufers, daß er den Zuschlag verlanee, zuge-gangen ist. Auf diese Weise dürfte den Interessen beider Ver-tragsparteien nach Möglichkeit entsprochen sein.

— Postpersonalien. Zum Postdirektor in Neustettin ernannt wurde der Oberpostinspektor Buhle in Köslin. Er wird sein neues Amt am 1. November d. Js. antreten.

— Eine Mitgliederversammlung des Deutsch-nationalen Volksvereins findet morgen, Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, im Festsaal der Bismardschule in der Grünstraße statt worauf wir, der wichtigen Tagesordnung halber, ganz besonders hinweisen und den Besuch empfehlen möchten.

— Zum Beauftragten für Gnadensachen für den Landgerichtsbezirk in Köslin ist der Landgerichtsrat Geh. Justizrat Urban ernannt worden. Ihm liegt hinforder die Bearbeitung sämtlicher Gnadengesuche aus dem Landgerichtsbezirk Köslin ob. Gnadengesuche sind in Zukunft zweidmähig bei dem Beauftragten für Gnadensachen anzubringen, der, nach entsprechender Vorbereitung der Sache, die Gesuche an den für die Begnadigung zuständigen Minister weiterreicht.

— Stuart Bellachini gastierte Sonnabend abend vor mäßig besetztem Hause in Lüdikes Konzerthaus. Theater moderner Wunder nennt sich das Unternehmen. Inwiefern diese Bezeichnung berechtigt ist, kam uns an dem Abend nicht zum Bewußtsein, da es mit wenigen Ausnahmen der übliche „Zauber“ war, der bei Veranstaltungen dieser Art aufgetischt wird. Ferner wurde von dem Vorbehalt der Programmänderung Gebrauch gemacht, sodas nur ein Teil des auf dem Programm vorgesehenen zur Vor-führung kam. Die Vorstellungen an und für sich zeugten von einer anerkanntenswerten Fingerfertigkeit Bellachinis.

— Aus dem Theaterbüro: Morgen Dienstag geht die Operette „Ein Walzertraum“ von Oskar Strauß zum zweiten Male in Szene. Eine gute Besetzung der Rollen, ebenso des unter der Leitung des Kapellmeisters Sauerhering stehenden Orchesters sichert der Operette einen guten Erfolg.

— Kolberg. Der 10. Pommerische Turnlehrertag.

Nach Empfang der auswärtigen Teilnehmer aus der Provinz auf dem Bahnhof und in Püdels Festhallen begann um 7 1/2 Uhr das Turnen der schulentlassenen, weiblichen Jugend unter Leitung der Turnlehrerin Frä. Kemper-Stettin und von Fortbildungsschülern unter Leitung des Turnlehrers und städtischen Jugendpflegers Zente-Stolp. Die Übungen fanden in der Turnhalle der Münders-chule statt. Um 8 1/2 Uhr fand in Püdels Festhallen unter Leitung des Vorsitzenden des Ortsausschusses, Turnlehrers K. Unruh, der Begrüßungsabend in Form eines bunten Abends statt. Besonderen Anklang fanden die Gesangsvorträge des Sängerbundes und die Vorführungen des Kolberger Turn-Vereins (Männer- und Frauen-abteilung). Gymnasialturnlehrer Langer hielt einen beifällig aus-genommenen Vortrag über „Jahn und seine Zeit“. Professor Piezger-Stettin dankte allen, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben, im Namen des Pommerischen Turnlehrervereins. Mit dem „Pommernliede“ wurde um 1/2 12 Uhr der wohlgeleitene Abend geschlossen. Sonnabend früh fand eine Sitzung des Vor-standes und des Ortsausschusses statt, in welcher die Tagesordnung der Hauptversammlung festgesetzt, Vorschläge und Richtlinien für die zukünftige Werbearbeit gegeben und allgemein geschäftliche An-gelegenheiten erledigt wurden. Um 8 Uhr begannen die schul-turnerischen Vorführungen auf dem Turnplatz des Kolberger Turn-vereins. Im Wechselspiel zeigten die Schüler der Volks- und höheren Schule, was sie im volkstümlichen Turnen (Leichtathletik) und im Turnspiel gelernt hatten. Anschließend begaben sich die Teilnehmer nach dem Festlokal, wo um 9 1/2 Uhr die Hauptver-sammlung stattfand. Nach Begrüßungsansprachen des Reg.- und Schulrats Schönfeld-Köslin, des Landrats von Stempel-Kolberg, der Vertreter der Städte Kolberg und Köslin (Stadttr. Maasch und Jobst) u. a. m., erstattete der 1. Vorsitzende den Jahresbericht über die rückliegende Zeit von 1914—1919, abschließend mit dem Ergebnis der vom Kultusminister Hänisch nach Spandau einberufenen Konferenz, die wichtige Grundsätze und Richtlinien zur Neugestaltung des Schulturnens gegeben hat. Es folgte der Vortrag des Turn-lehrers Zente-Stolp und der Turnlehrerin Kemper-Stettin über das Turnen in der Fortbildungsschule. In der Aussprache über die aufgestellten Leitfäden wurde fast ausnahmslos die Forderung an-erkannt, daß neben der freiwilligen Betätigung die pflichtmäßige Turnarbeit der Fortbildungsschule nicht entbehrt werden könne. In einer sehr ausgedehnten Aussprache wurden geschäftliche An-gelegenheiten eingehend erörtert und teilweise geklärt. Die nächste Tagung soll Pfingsten 1920 in Straßund stattfinden.

— Neuenwalde. Die Felddiebstähle nehmen in letzter Zeit überhand. Unlaubere Elemente ernten, was der Landmann im Schwelge des Angeichts gefät und beifällt hat. — Der kürzlich gefundene Einbaum hat eine Länge von fast 5 Metern, ist am hinteren Ende 0,75 Meter, am vorderen Ende 0,50 Meter breit. Als Steuer- und Ruderbank sind zwei Verbindungsklöße stehen ge-blieben. Um den Einbaum zu erhalten, ist derselbe jetzt nach hier transportiert worden und hat seinen Platz im Schulhause erhalten.

Die Parteifreunde,

Männer und Frauen

unterstützen stets ihre Zeitung.

Sie lesen selbst nur das

Kösliner Volksblatt.

— Hauschlachtungen. Der Magistrat macht in einer Anzeiae darauf aufmerksam, daß die Anmeldungen zu Hauschlachtungen während dieser Woche stattfinden.

— Wuttschubbehandlung. Ein am 1. Juli dieses Jahres an den Jinaern beider Hände von einem tollwutverdächtigen Hunde ver-lebter Knabe aus dem Kreise Lauenburg ist trotz am 6. Juli er-folgender Ueberführung nach Berlin, wo er bis zum 27. Juli der Wuttschubbehandlung unterzogen wurde, am 9. August an Tollwut erkrankt und am 13. August daran gestorben. Im Hinblick auf diesen traurigen Fall, sei nochmals besonders betont, daß die Wuttschubbehandlung stets mit größter Beachtung einzuleiten wer-den muß. Hinderungen von Menschen durch tolle oder tollwut-verdächtige Tiere sind außerdem anzeigenpflichtig und bedürfen eine sofortige Wuttschubbehandlung in Berlin.

— Freie Einfuhr von Hülsenfrüchten, Reis und Kakaobohnen. Der Reichswirtschaftsminister hat durch eine fieber im Reichs-Gesetzblatt Seite 1515 veröffentlichte Verordnung alle Einfuhrbe-schränkungen für Hülsenfrüchte (Erbsen, einschließlich Pelusiken, Bohnen, einschließlich Ackerbohnen und Linsen sowie alle Produkte und Abfälle daraus, welche durch Vermahlen, Schälen oder Schro-tzen gewonnen werden, ferner für Reis, Reisabfälle, sowie Mi-schungen von Reis und Reisabfällen mit anderen Erzeugnissen, endlich Kakaobohnen (roh oder geröstet) aufgehoben. Es ist daher für die genannten Waren keine Einfuhrbewilligung mehr not-wendig, und es tritt keine Beschränkung und Ablieferungsver-pflichtung hinsichtlich der eingeführten Waren mehr ein. Gleich-zeitig ist das Erfordernis der Einfuhrbewilligung befallt wor-den für Sendungen von Waren aller Art in die Zollanschlüsse und Freizeirte, für die es ebenso wie für die Wiederausfuhr sol-cher Sendungen keiner Bewilligung mehr bedarf. Weitere Er-leichterungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrvorschriften wer-den folgen.

Flechten Wunden

offene Füße, Krampfadern leiden heilt sogar in verzweifeltsten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hau-tbildende, schmerz- und juck-reizstillende Vater Philipp-Salbe.

Preis 2,70 und 5,10 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei

Tutogen-Laboratorium, Axtteuhen-Rominten.

Verantwortlich für Posttitel und Unterhaltungssteil: Hauptchrift-leiter Günther Herrlich; für Vertikales u. Provinz Hans Meißner; für den Anzeigentel: Hans Reigelfind. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin. Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Heute nachmittag 3 1/2 Uhr nahm der Herr meinen geliebten, unversehrten Sohn, den
 Rittergutsbesitzer und Leutnant d. R.
Hans-Bruno von Ritzleben
 im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung in Sein himmlisches Reich.
 Philemon 15.
 Im Namen aller Hinterbliebenen
Dally von Ritzleben
 geb. von Wolden.
 Stettin, den 19. September 1919.
 Kaiser Wilhelm-Str. 63/70.

Viehseuchepolizeiliche Anordnung.

Am 9. d. Mts. ist bei dem getöteten Hunde des Eigentümers Buse in Jewelin durch den Kreisierarzt Tollwut festgestellt worden.

Zum Schutze gegen die Verbreitung der Tollwut wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) hierdurch mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Sämtliche Hunde sind festzulegen bis zum 1. November 1919 in folgenden Ortschaften des Kreises Köslin einschließlich ihrer Bemerkungen:

Jewelin, Streckenthin, Schwessin, Mersin, Konitzow, Augustin, Zarnkathen, Wilhelmshof, von der Stadt Köslin die Gehöfte Hohetor = Vorstadt - Ausbau, Kretzmin, Rogzow, Gollendorf, Dörfenthin, Bonin, Manow, Seidel, Rohnow.

2. Dem Festlegen gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

3. Die Ausfuhr von Hunden aus dem bezeichneten Bezirk ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirkes mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

4. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen darf nur unter der Bedingung gestattet werden, daß sie dabei fest angeschirrt und mit einem sicheren Maulkorbe versehen werden.

5. Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Maulkorb und Leine ist nur während der Zeit des Gebrauchs gestattet.

6. Falls Hunde den vorstehenden Bestimmungen zuwider frei umherlaufend betreten werden, sind sie zu töten ohne Rücksicht darauf, ob sie mit tollwutverdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind oder nicht.

7. In Fällen, in denen tollwutverdächtige Hunde oder Katzen gefallen oder getötet oder kadaver verendeter fremder Hunde und Katzen gefunden werden, ist mit behufs Entsendung des Kreisierarztes zur Untersuchung umgehend Anzeige zu erstatten, auch wenn über gebissene Personen der Tiere nichts bekannt geworden ist.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden, sofern nach dem Reichsstrafgesetzbuch nicht eine höhere Strafe verwirklicht ist, nach § 74 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft.

Köslin, den 12. September 1919.
 Der Landrat.
 von Eisenhart-Rothz.

Bekanntmachung.

Verteilung von Hülsenfrüchten.

Auf Abschnitt Nr. 15 der Lebensmittelkarte der Stadt Köslin sowie auf Abschnitt Nr. 13 der Lebensmittelkarte (rote Karte) des Kreises Köslin (nur für Versorgungsberechtigte) werden Ende der Woche Hülsenfrüchte ausgegeben und zwar auf den Kopf der Bevölkerung 1 1/2 Pfund. Die Abschnitte sind bis Mittwoch abend bei den Kaufleuten abzugeben. Bekräftigte haben diese, soweit sie in der Stadt wohnhaft sind, am Donnerstag im Lebensmittelamt einzulösen. Die Gastwirte vom Lande dagegen am Sonnabend.

Der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Pfund Bohnen ist 1,25 Mk.
 Köslin, den 20. September 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten für das nächste Vierteljahr findet in der Mädchenschule wie folgt statt:

Am Dienstag, dem 23. September 1919, von 8,30 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Kufferow, Schneider (Paul) und Schneider, (Max) Neuetorstraße, Schröder und Hönke.

Am Mittwoch, dem 24. September 1919, von 8,30 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Deibarn, Lüttschewagen, Fischer, Scheunemann und Brämmer.

Am Donnerstag, dem 25. September 1919, von 8,30 bis 12 Uhr für die Kundenlisten Becher, Grelmann, Kappel, Berndt und Bask.

von 12 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Harte (Rogz. Allee), August Schulz (Bubligerstr.), Dumke, Lambrecht und Wichmann.

Am Freitag, dem 26. September 1919, von 8,30 bis 12 Uhr für die Kundenlisten Dahnz, Biedsdorf, Marie (Wilhelmstraße), Sieker, Beyer und Pöppel.

von 12 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Schneider (Grünstraße), Dreyer, Schwante, Panten und Albert Schulz (Böttcherstraße).

Als Ausweis sind die alten Mittelblätter der Reichsfleischkarten mitzubringen. Bei letzteren ist die Nummer der Kundenliste und der Name des Fleischermeisters einzutragen.

Die Brotausweisarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Gleichzeitig kann während der obigen Tage eine Eintragung in die Kundenliste des Fleischermeisters Pöppel, welcher neu zum Fleischverkauf zugelassen ist, erfolgen. Diejenigen Familien, die dies beabsichtigen, können sich bei ihrem bisherigen Fleischermeister in der in der Turnhalle befindlichen Liste streichen und in die neue Pöppelsche Liste eintragen lassen.

Köslin, den 20. September 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Familien, welche die Voll- und Magermilcharten noch nicht abgeholt haben, können dies am Dienstag, dem 23. d. Mts., von 8,30 bis 3 Uhr in der Turnhalle nachholen. Wer die Abholung an diesem Tage versäumt, kann später nicht mehr berücksichtigt werden.

Köslin, den 20. September 1919.
 Der Magistrat.

Neueröffnung meines Zweiggeschäftes

Mittwoch, den 24. September.

Paul Schröder

Schuhwarenhaus

Markt 17.

Hauptgeschäft Stoip i. Pomm.

Bekanntmachung.

Es ist dringend notwendig, daß zur Versorgung der hiesigen Bevölkerung mehr Holz angefahren wird.

Fuhrleute

werden daher ersucht, sich baldigst im Exerzierstuppen Süßlerstraße bezuhs Abfahrens von Holz zu melden.

Köslin, den 18. September 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der bisherige besondere Kohlenaufschlag auf jede Kilowattstunde, der laut Bekanntmachung vom 8. 2. 1919 0,2 Pfg. für jede Markt beträgt, um die die Kohle über den Grundpreis von 20.- Mk. pro Tonne hinausgestiegen ist, wird infolge dauernd steigender Löhne und Betriebskosten ab 1. November d. Js. auf 0,3 Pfg. erhöht.

Belgard a. Pers., den 20. 9. 1919.
 Ueberlandzentrale Belgard, Aktiengesellschaft.

Oeffentliche Bitte an die deutschen Gläubiger!

Durch den Krieg sind viele Kriegsteilnehmer in Schuldennot geraten. Besonders sind viele Gewerbetreibende und Handwerker, die ihren Betrieb schließen mußten, wirtschaftlich derartig bedrängt, daß sie jetzt nach glücklicher Heimkehr durchaus nicht in der Lage sind, ihre vor oder während ihrer Teilnahme am Kriege entstandenen Geschäftsschulden zu bezahlen. Obwohl von jedem deutschen Gläubiger verlangt werden kann, daß er auf die Notlage seines Schuldners gebührende Rücksicht nimmt, haben leider trotzdem sehr viele Gläubiger ihre aus dem Felde heimgekehrten Schuldner unter Verursachung hoher Kosten verfolgt. Tiefste Erbitterung hat dieses Vorgehen bei den Schuldnern hervorgerufen.

Hiermit möchten wir an alle deutschen Gläubiger die herzlichste Bitte richten, die Kriegsteilnehmer, insbesondere die jetzt heimkehrenden Kriegsgesangenen zu schonen und ihnen zur Begleichung ihrer Schulden hinreichend Frist zu gewähren. Erst hierdurch wird es ermöglicht, nach und nach die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen.

Die Handwerkskammer zu Stettin.



Deutschnationaler Volksverein.

Am Dienstag, den 23. September, abends 8 Uhr, findet im Festsaal der Bismarck-Schule (Grünstr.) eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die seitherige Tätigkeit des Landesverbandes Pommern.
2. Die Kösliner Unruhen in der letzten Woche.
3. Verschiedenes.

Möglichst vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Dr. Zube, Vorsitzender.

Techn. Büro J. Fehlberg

Genrup 150. Köslin. Wilhelmstr. 16.

Amtliche u. private Vermessungen jeder Art.

Entwürfe und Ausführungen von Drainagen, Wiesenmeliorationen, Wege- und Chausseebauten, Kanalisation sowie sämtliche Erdarbeiten.

Jeden Posten

Obst, auch Fallobst

kauft

Robert Ziemer, Friedrichstraße 2.

Abgelagerte

Zementrohre

in den Weiten 20-50 cm, officiert billigt

Hermann Geiß, Bütow i. Pomm.

Suche sogleich

kleines Geschäft

zu kaufen. (Milch- oder Lebensmittelgeschäft). Angebote u. R. 33 an die Beh. d. Bl.

Hämorrhoiden

Besand von auflösenden Brotschüren durch die Reichert'sche Apotheke, Lübing.

Anlieferungen von

Heu

sowie auch

Kleeheu

können täglich in unseren Lagereisen erfolgen.

Köslmer Häckselwerke

J. Babakty.

Telefon 40.

Männerleiden,

Ihre Erkennung, Verhütung und Belämpfung.

Medizinische Anweisung für Männer jeden Alters bei Erkrankungen der Geschlechts-Organen und bei geschlechtlich nervösen Schwachzuständen.

Von Dr. S. O. Friebel. Preis 4.- M. Nachnahme 40 Pfg. mehr. E. Oppermann, Obdier, ninken-Labiau. D.-Pr.

Geld gefunden!

Abzuholen Rogzower Allee 5, im Laden.

Kammer- Lichtspiele.

Ab heute:

Lola Montez. 2. Teil.

Vom König Ludwig II. verlassen wegen ihrem verbrecherischen Ehrgeiz. Die Flucht aus dem Lande.

Hanna als Einbrecher. Lustspiel.

Stadttheater Köslin, Grünstraße.

Dienstag, den 23. September 1919, abends 8 Uhr

„Ein Walzertraum“.

Operette in 3 Akten von Oskar Strauß.

Vorverkauf: Bernhard Lange, Markt, Telefon 45.

Schüler-Konzert

Sonnabend, den 27. September, abends 7 1/2 Uhr im Lüdtke'schen Saal, veranstaltet von Marie Buchholz.

Der Reinertrag ist für die Flüchtlingsfürsorge bestimmt. Eintrittskarten: Loge 2,50 M., Saal 1,50 M., Schülerbillets und Stehplatz 75 Pfg. sind von Mittwoch, den 24. September, ab bei Herrn Hoffmann und abends an der Kasse zu haben.

In das Handelsregister A Nr. 30 ist bei der Firma Franz Schwarm, Köslin, am 5. September 1919 eingetragen: Die Firma lautet jetzt: Franz Schwarm, Inhaber Max Nemig. Inhaber der Firma ist der Kaufmann Max Nemig in Köslin. Amtsgericht Köslin.

Zur Unterstufung der Hausfrau wird für einige Wochen

geeignete Kraft gesucht. Zu erfragen Runder Tisch 15.

Absatzferteil

verkauft Brandenburg. Best.

Ferkel

zu verkaufen. Drowle, Bangetow

Pferd,

groß und kräftig, verkauft Erich Peglow, Stettin.

Hammellammer

zur Weitermaß hat abzugeben Ouisverwaltung Kraßig.

Für Liebhaber.

2 Pony,

schön, 3- und 5-jähr., hübsche Paster, zugfest und lammfromm zu verkaufen oder veräußern. Riwoldt, Kolberg, Baultr. 4.

Landgut-Verkauf

Kreis Cammin i. Pom., 340 Morg., mit Wohnh. an Bahnstation, nahe Misdrog und Swinemünde. (Gr. 200 000 M.) verkauft Cw. Bauer, Stettin, Mauerstr. 1, Tel. 1003.

40 000 Mark

sichere Hypothek zur 2. Stelle, hinter Landesversicherungsanstalt, gesucht. Angebote unter J. 34 an die Geschäftsstelle d. Zeitung, wo auch Näheres zu erfahren ist.

Seibmüller sucht 300 bis 1000 Morgengut, rotteiler, elektrifizierte Anlage, gute Verkehrswege u. ausreichende Gebäude, bei hoher Anz. bezw. Auszahlung. Nur Off. mit genauer Adresse an Heese, Neuenhagen, Nr. Schlawa i. Pom.

1 Billard nebst Zubehör, 1 Ladenaufzug mit Schrankblech, 1 Bierdruckapparat, 1 Musikautomat 1 Truhe, Sofas, Tische, Gartenbänke usw. zu verkaufen Östereistraße 2.

Ein dunkler, eleganter, moderne:

Sammethut

zu verkaufen Danzigerstr. 17, 1.

Einige eiserne- und

Kachelöfen zu taufen gesucht. Hoffmann, Elsb., Papiermühle.

Dienstag, den 23. Sept., 6 1/2 h., 1. Abn. 1.

Jagdverpachtung

Freitag, den 26., nachm. 1 Uhr in Bangerow beim Gemeindevorsteher. Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht. Der Jagdvorsteher. Brandenburg.

Wiesen

verpachtet billig Ouisverwaltung Kraßig.

Suche zum 1. Lehrling.

1. Oktober. Emil Ziebrons, Eisenhandlung Auf Wunsch Kost u. Logis im Hause.

Gesucht ein

Lehrling,

welcher Lust hat, die Jahntechnik zu erlernen. Zahnarzt Gold.

Gesucht zu sofort einen schulenl.

Jungen oder Mädchen

zum Aushilfen, bei hohem Lohn. Eulorg-Zichow A, Post Ratteld.

Gesucht zum 1. oder 15. Oktober

tüchtiges Stubenmädchen,

auch durch Dienstm. Frau Reg. Rat Schneider, Seminarstr. 2.